

WOLFGANG HETZER

FINANZ KRIEG

Angriff auf den
sozialen Frieden
in Europa

WESTEND



vieler Menschen in Südeuropa am Ende sind. In Italien kam es unter anderem in Neapel zu »Guerilla-ähnlichen« Szenen. In Spanien wurden mehr als 40 Menschen verletzt, darunter 18 Polizisten. 110 Streikende wurden festgenommen.⁸

In Portugal fand am 14. November 2012 der dritte Generalstreik in zwölf Monaten statt. Die Gesamtverschuldung des Landes lag zu diesem Zeitpunkt schon bei 120 Prozent. Das mittlere Einkommen der Portugiesen beträgt kaum mehr als 1000 Euro. Jede vierte Familie in Spanien und Portugal lebt inzwischen unterhalb der Armutsschwelle. In Spanien war im November 2012 jeder zweite junge Mensch unter 25 Jahren arbeitslos, in Portugal jeder dritte – Tendenz steigend. Immer neue Kürzungen bei Renten, Löhnen, bei Bildung, Gesundheit und sozialen Leistungen verschärfen die Not. Das Klima wird sich weiter erhitzen, wenn die »Sparaxt« nicht mit

Augenmaß an den staatlichen Schuldenberg angesetzt wird. Die Wut wird durch den Ansehensverlust der südeuropäischen Amtsträger genährt. Man wirft ihnen vor, die öffentlichen Kassen in den letzten Jahren regelrecht geplündert, Steuergelder massiv vergeudet oder sogar veruntreut zu haben. Und nun fordern sie den »kleinen Mann« auf, Opfer zu bringen.

Gleichzeitig schleusen viele multinationale Konzerne und Multimillionäre einen Großteil ihrer Gewinne am Finanzamt vorbei. Der Schwiegersohn des spanischen Königs steht unter dem Verdacht, dass er ergaunerte öffentliche Gelder in »Finanzparadiesen« geparkt habe. Vetternwirtschaft, Korruption und Steuerbetrug gelten auf der iberischen Halbinsel als das größte Wachstumshindernis. Die Politik befindet sich in einer Glaubwürdigkeitskrise, da das Gefühl für eine gerechte Lastenverteilung offensichtlich

verloren ging. In Spanien werden marode Banken mit öffentlichen Milliardenhilfen gerettet. Familien, die ihre Hypotheken nicht mehr bedienen können, setzt man dagegen gnadenlos auf die Straße. Wird das Versprechen Europas zur Ankurbelung der absterbenden Wirtschaft der Krisenländer nicht eingelöst und sehen Spanier und Portugiesen nicht bald Licht am Ende des Tunnels, könnte nach Auffassung eines Kommentators eine »Radikalisierung der Straße« die Zukunft belasten.⁹

Man kann es auch anders sehen: Sollte die Lernkurve der Politik weiterhin so flach verlaufen wie bisher, dann könnte man zu dem Schluss kommen, dass eine Radikalisierung vieler Menschen eine Zukunft erst wieder möglich macht. Selbst in der Politik scheint hier und da die Einsicht zu entstehen, dass in einer »marktkonformen Demokratie«¹⁰, die sich dem Ereignisdruck der Märkte beugt,

anstatt ihr den Primat der Politik entgegenzusetzen, die parlamentarische Demokratie unter die Räder zu kommen droht. Sie könnte durch einen perpetuierten Ausnahmezustand ersetzt werden, in dem die Exekutive über existentielle Grundfragen der Bevölkerung und einer Nation eigenmächtig, wenn nicht selbstherrlich entscheidet.

Eine noch so schwärmerische Euro-Rhetorik kann nicht verdecken, dass auch die Einführung des Euro nur die Fortsetzung des Schuldenwahns mit dreisteren Mitteln war.¹¹ Sieht man in der Politik die Kunst, zwischen den politischen und den wirtschaftlichen Märkten zu vermitteln, Parlamente und Bürger davon zu überzeugen, dass die Wirtschaftspolitik ihrem Wohlstand und dem Gemeinwohl dient, und Märkten wie Anlegern plausibel zu machen, dass Völker nicht so gewinnorientiert geführt werden können wie Unternehmen, dann wird man in der Tat zu

einer Erkenntnis kommen: Die Balance zwischen Demokratie und Markt ist spätestens nach vier Jahren Finanzkrise zerstört. Es ist ein Konflikt ausgebrochen, der nicht nur auf den Straßen von Athen und Madrid mit zunehmender Gewalt ausgetragen wird. Möglicherweise hat ein Ringen zwischen zwei Souveränen begonnen. Die Gläubiger und Anleger verlangen Schuldenabbau und Wachstum. Die Bürger wollen Arbeit und Wohlstand.

Letztere sollten inzwischen gemerkt haben, dass die Regierenden mehr den Wünschen der Gläubiger entsprechen. Es ist fraglich geworden, was die Gewalt der Straße gegen die Gewalt der Zinsen ist. Gegenüber der Politik ist der Vorwurf laut geworden, die simpelsten demokratischen Grundregeln außer Kraft zu setzen, um handlungsfähig zu bleiben. Die Verantwortlichen müssten tricksen und Verträge verbiegen, um den Euro nicht